

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0279/2019/BV**

Datum:  
10.09.2019

Federführung:  
Dezernat I, Rechtsamt

Beteiligung:  
Dezernat II, Stadtplanungsamt  
Dezernat IV, Bürger- und Ordnungsamt

Betreff:

**Verlagerung des RNV-Betriebshofs auf den Großen  
Ochsenkopf  
hier: Ergebnis des Bürgerentscheides**

## Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 28. Oktober 2019

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	25.09.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	17.10.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Gemeinderat entscheidet über die im Bürgerentscheid gestellte Frage:*

*„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“*

### **Finanzielle Auswirkungen:**

1. Die finanziellen Auswirkungen bei einer Bestätigung des Gemeinderatsbeschlusses vom 20.12.2018 stellen sich wie folgt dar (vergleiche Drucksache 0407/2018/BV):

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• Investitionskosten Betriebshof Ochsenkopf	Circa 87.200.000 €
• Vorbereitende Untersuchungen	100.000 €
• Zukunftskonzept	100.000 €
• Verkehrsentlastung Bergheim West/„Rittel“	Noch nicht bekannt
<b>Einnahmen:</b>	
• Bezuschussung im Rahmen diverser Förderprogramme aktuell nicht genau bezifferbar	
• Die Abschätzung der jährlichen Folgekosten beziehungsweise direkte Investitionskostenanteile der Stadt für Umsetzungen wie zum Beispiel Dachgestaltung) ist aktuell nicht genau bezifferbar	
<b>Finanzierung:</b>	
• Investitionskosten Betriebshof sind durch die RNV vorzusehen	
<b>Folgekosten:</b>	
• Noch nicht abzusehen	

2. Die finanziellen Auswirkungen bei einer Bestätigung des Ergebnisses des Bürgerentscheides sind in Anlage 02 zur Drucksache 0126/2019/BV dargestellt. Hierauf wird verwiesen.

### **Zusammenfassung der Begründung:**

Beim Bürgerentscheid gegen die vom Gemeinderat am 28.12.2018 beschlossene Verlagerung des RNV-Betriebshofs auf den Großen Ochsenkopf entfiel zwar der Mehrheit der gültigen Stimmen auf „JA“, aber eine verbindliche Entscheidung ist dadurch nicht zustande gekommen, weil das erforderliche Unterstützungsquorum von 20 Prozent nicht erreicht wurde. Nach § 21 Absatz 7 Satz 3 der Gemeindeordnung (GemO) hat nun der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden.

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019

### 3 **Verlagerung des RNV-Betriebshofs auf den Großen Ochsenkopf** **hier: Ergebnis des Bürgerentscheides** Beschlussvorlage 0279/2019/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner führt kurz in das Thema ein und weist auf die als Tischvorlage verteilten Anträge der Arbeitsgemeinschaft GAL / Freie Wähler (Anlage 02 zur Drucksache 0279/2019/BV), Stadtrat Leuzinger (Anlage 03 zur Drucksache 0279/2019/BV) und Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke, Bunte Linke und HIB (Anlage 04 zur Drucksache 0279/2019/BV) hin.

#### Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Mirow, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Grädler, Stadtrat Eckert, Stadträtin Marggraf, Stadtrat Leuzinger, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Butt, Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Rothfuß

In der ausführlichen Diskussion werden zum einen nochmal die unterschiedlichen Standpunkte der Stadträtinnen und Stadträte zur Verlagerung des Betriebshofes, zum Erhalt der Ochsenkopfwiese, zum nicht erreichten Quorum des Bürgerentscheides und die daraus zu ziehende Schlussfolgerung dargelegt.

Andererseits wird die Frage gestellt, über was genau der Haupt- und Finanzausschuss heute beraten müsse: Gehe es heute rein formal um die Frage, welche Frage der Gemeinderat am 17.10.2019 entscheiden solle? Oder gehe es bereits um eine inhaltliche Vorberatung und darum, wo der neue Betriebshof letztendlich stehen solle?

Herr Mevius, Leiter des Rechtsamtes, und Herr Brucker, ebenfalls vom Rechtsamt, erläutern, dass aus rechtlicher Sicht die Angelegenheit des Bürgerentscheides durch den Gemeinderat beantwortet werden müsse. Dies bedeute jedoch nicht, dass exakt über die gleiche Fragestellung abgestimmt werden müsse. Die Fragestellung könne beispielsweise auch dadurch entschieden werden, dass darüber abgestimmt werde, den alten Gemeinderatsbeschluss nochmal zu bestätigen. Es könnten auch andere Formulierungen abgestimmt oder vor einer endgültigen Beschlussfassung noch weitere Informationen eingeholt werden (keine Verpflichtung, sofort zu entscheiden), jedoch müsse am Ende immer die Angelegenheit des Bürgerentscheides, nämlich die Frage, ob die Ochsenkopfwiese mit dem Betriebshof bebaut wird, durch einen Beschluss beantwortet werden.

Im Laufe der Aussprache werden folgende Anträge eingebracht und begründet:

#### **Antrag** von Stadtrat Eckert:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, zu beschließen, den Betriebshof auf Basis des ursprünglichen Gemeinderatsbeschlusses auf dem Ochsenkopf schnellstmöglich zu bauen.

**Antrag** von Stadtrat Leuzinger (Anlage 03 zur Drucksache 0279/2019/BV), eingebracht durch Stadtrat Butt und geändert durch Stadtrat Leuzinger (Änderung **fett** dargestellt):

**Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat: Sollte er beschließen, das Begehren des Bürgerentscheides anzunehmen, wird**

1. der Oberbürgermeister **wird** beauftragt, im Bereich Boxberg einen unterirdischen Standort für den Betriebshof zu identifizieren und Planungen vorzunehmen. Die Entwurfstiefe soll derjenigen am Standort Ochsenkopf entsprechen.

2. für das Airfield **wird** eine Machbarkeitsstudie für einen städtischen Zeppelin-Linienverkehr erstellt.
3. Das Airfield wird umbenannt in Flughafen BER-Pfaffengrund.

**Antrag** Stadträtin Prof. Dr. Schuster:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, über die im Bürgerentscheid gestellte Frage zu entscheiden:

„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“

Der **Sachantrag** der Arbeitsgemeinschaft **GAL / Freie Wähler (Anlage 02** zur Drucksache 0279/2019/BV) wird durch Stadträtin Marggraf **zurückgezogen**.

**Geschäftsordnungsantrag** von Stadtrat Rothfuß:

Ende der Rednerliste

Nach diesem Geschäftsordnungsantrag stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner fest, dass keine Redner mehr auf der Rednerliste stehen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ruft zunächst den **Antrag** von Stadtrat Leuzinger zur Abstimmung auf.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat: Sollte er beschließen, das Begehren des Bürgerentscheides anzunehmen, wird

1. der Oberbürgermeister beauftragt, im Bereich Boxberg einen unterirdischen Standort für den Betriebshof zu identifizieren und Planungen vorzunehmen. Die Entwurfstiefe soll derjenigen am Standort Ochsenkopf entsprechen.
2. für das Airfield eine Machbarkeitsstudie für einen städtischen Zeppelin-Linienverkehr erstellt.
3. Das Airfield wird umbenannt in Flughafen BER-Pfaffengrund.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit 3 Enthaltungen**

Da im Laufe der Aussprache deutlich geworden ist, dass eine Mehrheit der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses die Ansicht vertritt, dass zunächst über die Fragestellung des Bürgerentscheides entschieden werden sollte, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner als nächstes den **Antrag** von Stadträtin Prof. Dr. Schuster, der auch der Beschlussempfehlung der Verwaltung entspricht, zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat über die im Bürgerentscheid gestellte Frage zu entscheiden:

„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 15 : 0 : 1 Stimmen**

Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses werden alle anderen Anträge nicht mehr zur Abstimmung gestellt.

**Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat über die im Bürgerentscheid gestellte Frage zu entscheiden:*

*„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“*

**gezeichnet**

Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung  
*Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1*

## Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2019

### 23 **Verlagerung des RNV-Betriebshofs auf den Großen Ochsenkopf** **hier: Ergebnis des Bürgerentscheides** Beschlussvorlage 0279/2019/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner führt kurz in das Thema ein. Er anerkennt, dass es gut sei, wenn Menschen sich für Grünflächen in unserer Stadt einsetzten. Die Herausforderung in diesem Falle sei es, gleichwohl eine Lösung für den Betriebshof zu finden. Deshalb gebe es die Entscheidung des Gemeinderates vom 20.12.2018, die einerseits der Verlagerung des RNV-Betriebshofs auf eine Teilfläche des Großen Ochsenkopfes zum Inhalt habe wie auch die städtebauliche Entwicklung des Alt-Standortes mit einem 50prozentigen Anteil an Grün- und Freiflächen sowie den 100prozentigen bezahlbaren Mietwohnungsbau für die restlichen 50 Prozent der Fläche.

Heute stehe zur Entscheidung an, dass der Gemeinderat über den gleichen Wortlaut des Bürgerentscheids vom 21.07.2019 abstimmt. Dieser lautet:

*„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“*

Er betont, dass je nach Beantwortung dieser Frage sich gegebenenfalls weitere Fragestellungen ergeben würden.

Für Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz geht es heute in erster Linie um das Votum der Bürgerschaft. Seine Analyse lasse den Schluss zu, dass der Bürgerschaft klimarelevante Grünflächen in der Stadt sehr wichtig seien. Nach seiner Meinung sei ein ungleicher, sogar un-fairer Wahlkampf seitens der rnv, der Stadt und der bürgerlichen Parteien mit falschen Sachargumenten geführt worden und führt beispielhaft Karl-Metz-Straße als Spielstraße, oder eine potenzielle Straßenbahntrasse über die Pfaffengrunder Terrasse an.

Es stehe im Raum, dass die SPD im Falle einer heutigen Ablehnung des Standortes Ochsenkopf die Weiterentwicklung des Alt-Standortes Bergheimer Straße beantragen werde, was nach seiner derzeitigen Kenntnis die wohl günstige Variante sei. Allerdings respektiere er den Anspruch der größten Fraktion, der Grünen, deren Vorzugsvarianten ordentlich prüfen zu lassen. Seine Partei werde erstens die Frage des Bürgerentscheids mit ja beantworten und zweitens dem gemeinsamen Antrag (Anlage 04 zur Drucksache 0279/2019/BV) zustimmen.

Stadträtin Marggraf meldet sich zur **Geschäftsordnung** und beantragt **Ende der Rednerliste**.

Folgende Gemeinderatsmitglieder stehen auf der Rednerliste: Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Leuzinger, Stadtrat Eckert und Stadtrat Lachenauer.

Der Antrag wird vom Gremium unterstützt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt den **Antrag** auf **Ende der Rednerliste** zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 9-Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen**

Stadträtin Prof. Dr. Schuster erklärt, das Quorum sei nicht erreicht worden und der Bürgerentscheid habe keine Klarheit in der Frage gebracht. Damit gebe es nun einen Auftrag an den Gemeinderat zu entscheiden. Die Faktenlage habe sich seit dem Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 2018 nicht geändert. Dort habe man das Zukunftskonzept Bergheim auf den Weg gebracht. Die Alternativ-Standorte (wie in Anlage 04 zur Drucksache 0279/2019/BV aufgeführt) seien bereits im Dezember 2018 geprüft oder im Rahmen des Bürgerentscheids-Verfahrens einer Ersteinschätzung unterzogen worden. Die SPD schließe diese Standorte ganz eindeutig aus. Man werde daher bei der Frage (Wortlaut des Bürgerentscheids) mit nein stimmen und damit den Grundsatzbeschluss aus dem Dezember 2018 bestätigen. Heute müsse ein Auftrag an die Verwaltung und die rnv ergehen, wie es weitergehen solle.

Sie **beantragt** vorsorglich für die SPD-Fraktion eine **Sitzungsunterbrechung** direkt nach der Grundsatz-Entscheidung, um damit dem Gemeinderat die Möglichkeit einer Bewertung zum weiteren Vorgehen zu geben.

Stadtrat Dr. Gradel kann namens der CDU-Fraktion dem Redebeitrag seiner Vorgängerin voll zustimmen. Ein Betriebshof, der so nahe wie möglich im Zentrum seiner Netze liege, sei wichtig. Er halte das beschlossene Maßnahmenpaket für die Entwicklung Bergheim-West für richtig und gut. Durch das Bürgerbegehren sei eine dieser Maßnahmen, nämlich die Verlagerung des Betriebshofs auf den Ochsenkopf, herausgebrochen worden, und ein Bürgerentscheid habe diesen wichtigen Gesamtzusammenhang nicht erfasst. Die CDU werde die Frage des Bürgerentscheids ganz klar mit nein beantworten.

Stadtrat Cofie-Nunoo kommt zu der Einschätzung, dass die Alternativ-Standorte nicht in gleicher vergleichbarer Tiefe geprüft worden seien und verweist auf den gemeinsamen Antrag zur Standortprüfung (Anlage 04 zur Drucksache 0279/2019). Gleichzeitig müsse die dezentrale Unterbringung/Wartung von Bahnen geprüft werden. Die Ochsenkopf-Wiese habe nicht die notwendigen Kapazitäten. Bündnis 90/Die Grünen werden dem Votum des Bürgerentscheids folgen und mit ja stimmen.

Stadtrat Leuzinger verweist auf seinen Antrag (Anlage 03 zur Drucksache 0279/2019/BV), befürwortet die Anerkennung des Bürgerentscheids und wird mit ja stimmen.

Stadtrat Eckert erinnert an die Verantwortung des Gemeinderates, eine Entscheidung für die Gesamtstadt zu treffen. Die mittlerweile über 12 Standorte, über die in den vergangenen Jahren diskutiert worden sei, halte er für keine Alternative. Die Zustände für Arbeitnehmer am derzeitigen Betriebshof seien unzumutbar. Die hier gestellte Frage des Bürgerentscheids müsse mit nein beantwortet werden.

**Stadträtin Stolz** meldet sich zur **Geschäftsordnung** und **beantragt namentliche Abstimmung**.

Stadtrat Lachenauer erklärt, der Bürgerentscheid sei formal gescheitert, auch wenn die Mehrheit der Wählerschaft der Fragestellung zugestimmt hätte. Die Faktenlage gegenüber dem Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 2018 habe sich nicht geändert. Die vorgeschlagenen Alternativ-Standorte hätten ebenfalls Potential für erneute Bürgerbegehren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner fragt das Gremium, ob der **Antrag auf namentliche Abstimmung** unterstützt wird. (10 Stimmen sind dafür notwendig.) Das ist der Fall. Mit 17 Ja-Stimmen wird dem Antrag stattgegeben.

In der Folge ruft er die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte namentlich dazu auf, folgende Frage zu beantworten:

*„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“*

<b>Name, Vorname</b>	<b>JA</b>	<b>NEIN</b>
Amler, Rahel Liz	X	
Beisel, Raimund		X
Breer, Karl		X
Butt, Waseem	X	
Cofie-Nunoo, Derek	X	
Eckert, Michael		X
Essig, Kristina		X
Föhr, Alexander		X
Gernand, Anja	X	
Geschinski, Sven		X
Geugjes, Marilena	X	
Gradel, Jan, Dr.		X
Grädler, Felix	X	
Grasser, Andreas		X
Heldner, Marliese		X
Illgner, Johannah		X
Karaaslan, Sahin	X	
Kaufmann, Dorothea, Dr.	X	
Kiziltas, Zara Dilan	X	
Kutsch, Matthias		X
Lachenauer, Wolfgang		X
Leuzinger, Björn	X	
Lutzmann, Nicolás, Dr.	X	



<b>Name, Vorname</b>	<b>JA</b>	<b>NEIN</b>
Marggraf, Judith	X	
Marmé, Nicole, Prof. apl. Dr.		X
Meißner, Monika, Dr.		X
Michalski, Mathias		X
Michelsburg, Sören		X
Mirow, Sahra	X	
Niebel, Matthias		X
Nipp-Stolzenburg, Luitgard, Dr.	X	
Pfeiffer, Michael	X	
Pfisterer, Werner		X
Rabus, Kathrin	X	
Rehberger, Adrian		X
Röper, Ursula, Dr.	X	
Rothfuß, Christoph	X	
Sanwald, Julian	X	
Schenk, Simone, Dr.		X
Schuster, Anke, Prof. Dr.		X
Schwitzer, Anita	X	
Steinbrenner, Manuel	X	
Stolz, Hildegard	X	
Weiler-Lorentz, Arnulf Kurt, Dr.	X	
Wetzel, Frank	X	
Wickenhäuser, Otto		X
Winter-Horn, Larissa		X
Zieger, Bernd	X	
Würzner, Eckart, Prof. Dr.		X

## **Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen**

Oberbürgerbürgermeister stellt fest, dass damit die Planung für einen neuen Betriebshof wieder offen sei und unterbricht die Sitzung.

### **> Sitzungsunterbrechung von 20.56 Uhr bis 21.28 Uhr <**

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erteilt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner Stadträtin Prof. Dr. Schuster das Wort.

**Stadträtin Prof. Dr. Schuster** bringt für die **SPD, CDU, GAL, FDP, Die Heidelberger, FWV** sowie **AFD** folgenden gemeinsamen **Antrag** ein und begründet diesen:

Die Verwaltung wird beauftragt, sofort die vorliegenden Planungen für den Ausbau des Betriebshofes am Altstandort in der Bergheimer Straße wiederaufzunehmen. Dabei sind die vom Bürgerentscheid nicht betroffenen Punkte des Zukunftskonzepts Bergheim des bestehenden Gemeinderatsbeschlusses (Entstehung von 100 % bezahlbarer Mietwohnungen in Händen der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH); Entwicklung von Konzepten für Grün- und Freiflächen mit hoher ökologischer Vielfalt und verbesserter Aufenthaltsqualität; Integration des Dezernat 16 in die städtebauliche Maßnahme) zu integrieren.

Zur Umsetzung dieser Integration soll die Stadt eine Erweiterung bis zur Emil-Maier-Straße, gegebenenfalls bis zum Czernyring prüfen. Zusätzlich soll die dezentrale Unterbringung von Bussen und Bahnen ebenfalls geprüft werden.

Sie betont, dass damit ein klares Signal an die Bürgerschaft ausgesendet und dem öffentlichen Nahverkehr ein großer Dienst erwiesen werde, da jetzt zügig auf der bestehenden Planung weitergearbeitet werden könne.

Stadträtin Mirow hält eine vergleichbare Prüfung der Alternativ-Standorte für richtig.

Stadtrat Butt ist der Meinung, ein Betriebshof darf nicht in Bergheim bleiben. Industrieanlagen gehörten nicht in die Innenstadt. Er kann dem von Stadträtin Prof. Dr. Schuster eingebrachten Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Cofie-Nunoo hält das städtebaulich für ein Desaster. Es sei unwahrscheinlich, dass ein Betriebshof am alten Standort zusammen mit der Umsetzung der beschlossenen Punkte für das Zukunftskonzept Bergheim möglich sei. Bündnis 90/Die Grünen hielten die in ihrem Antrag formulierten Schritte für den richtigen Weg.

Stadtrat Leuzinger verweist erneut auf seinen Antrag (Anlage 03 zur Drucksache 0279/2019/BV) und bittet um Abstimmung darüber.

Stadtrat Steinbrenner zeigt sich geschockt. Er hält das beantragte Maßnahmenpaket aus dem Antrag von Stadträtin Prof. Dr. Schuster nicht für umsetzbar. Er möchte wissen, wie lange man brauche, Machbarkeitsstudien der verbleibenden Standorte zu beauftragen und welche Kosten circa entstünden.

Stadtrat Zieger hält die Entscheidung gegen die Bebauung der Ochsenkopf für richtig. Er unterstützt den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Stadtrat Pfeiffer bekräftigt, dass die GAL schon immer für den Alt-Standort war.

Für Stadtrat Kutsch ist es aus der Historie heraus unmöglich, die gleichen Planungstiefen aller Standort-Varianten zu haben. Für Bergheim sei der Ausbau des Alt-Standortes städtebaulich extrem bitter, aber für den Klimaschutz und den ÖPNV-Ausbau am schnellsten umsetzbar und als zweitbeste Lösung heute anzustreben.

Stadtrat Eckert hält den Alt-Standort ebenfalls nur für die zweitbeste Lösung. Aus seiner Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft heraus trage er diese Entscheidung mit.

**Stadtrat Geschinski** meldet sich zur **Geschäftsordnung** und **beantragt Ende der Rednerliste**.

Der Antrag wird aus den Reihen des Gemeinderates unterstützt und von Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

Erster Bürgermeister Odszuck erklärt, dass nach sehr großen Anstrengungen mindestens ein halbes Jahr gebraucht würde, um ein von Stadtrat Steinbrenner gefordertes Gutachten zu erstellen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner zeigt sich entsetzt über die Vorstellungen der Grünen. Vor der Ochsenkopf-Entscheidung habe es einige Standorte in der Diskussion gegeben. Aber man habe sich am Ende mit den Stimmen der Grünen darauf verständigt, lediglich zwei Standort-Varianten weiterzuverfolgen, den Ochsenkopf und den Alt-Standort. Warum dann heute die Fortsetzung der Planung für den Alt-Standort nicht mehr unterstützt werde von den Grünen, verstehe er nicht. Parallel dazu eine Prüfung weiterer Standorte zu beauftragen, hält er durchaus für möglich.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz betont noch einmal, dass der jetzige Standort des Betriebshofs für ihn immer noch erste Priorität habe. Allerdings hätten die Grünen ein Recht auf sorgfältige Prüfung ihrer Standort-Varianten. Er hält die beiden gestellten Anträge für nicht vorberaten und daher seien diese in die Ausschüsse zu verweisen. Das gebe Gelegenheit, in den Fraktionen einen tragfähigen Kompromiss zu finden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner hält es für naiv zu glauben, dass einer der Alternativ-Standorte entschieden werden könnte, ohne dass dazu ein Bürgerentscheid angestoßen würde. Seine Empfehlung sei, die Planungen für den Alt-Standort zu aktualisieren. Heute könne keine endgültige Standort-Entscheidung getroffen werden. Er sei gerne bereit, eine Vorlage erstellen zu lassen mit Kostenschätzungen und Aussagen, wie alternative Standorte geprüft werden könnten. Aber nach seiner Meinung gebe es keine geeigneten Alternativen, da diese in der Vorprüfung schon durchgefallen seien. Detailaussagen könne man daher nicht schnell liefern.

Stadtrat Steinbrenner teilt für seine Fraktion mit, dass die Vertiefung der Planung für den Alt-Standort mitgetragen werde. Wenn die durch Stadträtin Prof. Dr. Schuster im gemeinsamen Antrag formulierten Forderungen sich als machbar herausstellten, werde man sich dem nicht verwehren. Man wünsche sich dennoch eine Untersuchung, die darstelle, inwiefern alternative Standorte möglich wären. Diese Standorte seien sicherlich mit einem zeitlichen Verzug verbunden, wahrscheinlich aber wirtschaftlicher und kostengünstiger als der Alt-Standort.

Nach weiterer Diskussion, in der bekannte Standpunkte vertieft werden, stellt **Stadträtin Dr. Meißner** den **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte**.

Da das Gremium diesen Antrag unterstützt, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner diesen zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt noch einmal fest, dass heute keine abschließende Entscheidung getroffen werde. Er verliest den von Stadträtin Prof. Dr. Schuster eingebrachten gemeinsamen Antrag, über den zuerst entschieden werden solle. Werde dem zugestimmt, habe die Verwaltung einen Arbeitsauftrag, mit dem sie weitermachen könne. Notwendige weitere Beschlüsse dazu würden zu gegebener Zeit erfolgen. Den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, Bunte Linke und HiB einer Parallelplanung würde er gerne in den Ausschüssen vorberaten.

**Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz** meldet sich zur **Geschäftsordnung** und erklärt, dass es der Zustimmung von acht Gemeinderatsmitglieder bedarf, um diese beiden nicht vorberatenen Anträge in die Ausschüsse zu verweisen.

**Stadträtin Prof. Dr. Schuster** meldet sich ebenfalls zur **Geschäftsordnung** und erinnert an die Zusage, die im Haupt- und Finanzausschuss vom 25.09.2019 gegeben worden sei, dass in heutiger Sitzung Anträge gestellt und auch abgestimmt werden können. Daher sei der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 04 zur Drucksache 0279/2019/BV) bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 15.09.2019 eingebracht worden. Ihr eigener Antrag sei angekündigt gewesen mit dem Hinweis, dass er nach der Grundsatzentscheidung heute intern abgestimmt und anschließend sofort eingebracht werden würde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner bestätigt, dass es eine entsprechende Absprache im Haupt- und Finanzausschuss am 25.09.2019 sowie im Ältestenrat gegeben habe. Eine Beschlussfassung über die Richtung, in die weiter geplant werden solle, könne heute erfolgen. Von daher bittet er um Klarstellung, worüber jetzt abgestimmt werden solle.

Stadtrat Cofie-Nunoo wünscht sich eine Zusammenführung beider Anträge und eine Zurückverweisung in die Ausschüsse.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster bittet um Abstimmung ihres verlesenen Antrags und erklärt, dass man die Punkte des Grünen-Antrags nicht in ihren Antrag übernehmen werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt daher den von **SPD, CDU, GAL, FDP, Die Heidelberger, FWV** sowie **AFD** eingebrachten **Antrag** zur **Abstimmung**:

Die Verwaltung wird beauftragt, sofort die vorliegenden Planungen für den Ausbau des Betriebshofes am Altstandort in der Bergheimer Straße wiederaufzunehmen. Dabei sind die vom Bürgerentscheid nicht betroffenen Punkte des Zukunftskonzepts Bergheim des bestehenden Gemeinderatsbeschlusses (Entstehung von 100 % bezahlbarer Mietwohnungen in Händen der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH); Entwicklung von Konzepten für Grün- und Freiflächen mit hoher ökologischer Vielfalt und verbesserter Aufenthaltsqualität; Integration des Dezernat 16 in die städtebauliche Maßnahme) zu integrieren.

Zur Umsetzung dieser Integration soll die Stadt eine Erweiterung bis zur Emil-Maier-Straße, gegebenenfalls bis zum Czernyring prüfen. Zusätzlich soll die dezentrale Unterbringung von Bussen und Bahnen ebenfalls geprüft werden.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 27 : 1 : 16 Stimmen**

Es entsteht Irritation im Gremium über den genauen Inhalt des nun abzustimmenden Antrags von Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, Bunte Linke und HiB, der wie folgt modifiziert wird.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner erklärt, dass im Falle der Annahme des folgenden Antrages die Machbarkeitsstudie von einem unabhängigen Büro durchzuführen wären. Er ruft den **modifizierten Antrag** von **Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, Bunte Linke und HiB** zur **Abstimmung** auf:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Bereich Recyclinghof/Speyerer Straße/Airfield einen Standort für den Betriebshof zu identifizieren und Planungen vorzunehmen. Die Entwurfstiefe soll derjenigen am Standort Ochsenkopf entsprechen.
2. Für den Messplatz wird eine Machbarkeitsstudie erstellt. Hier soll eine Wohnüberbauung mit geprüft werden.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 21 : 23 : 3 Stimmen**

Damit ergeht folgender

**Beschluss des Gemeinderates:** (Arbeitsauftrag in **fett**):

*Über die im Bürgerentscheid gestellte Frage:*

*„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“*

*hat der Gemeinderat abgestimmt und beantwortet sie mit “ja“.*

**Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, sofort die vorliegenden Planungen für den Ausbau des Betriebshofes am Altstandort in der Bergheimer Straße wiederaufzunehmen. Dabei sind die vom Bürgerentscheid nicht betroffenen Punkte des Zukunftskonzepts Bergheim des bestehenden Gemeinderatsbeschlusses (Entstehung von 100 % bezahlbarer Mietwohnungen in Händen der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH); Entwicklung von Konzepten für Grün- und Freiflächen mit hoher ökologischer Vielfalt und verbesserter Aufenthaltsqualität; Integration des Dezernat 16 in die städtebauliche Maßnahme) zu integrieren.**

**Zur Umsetzung dieser Integration soll die Stadt eine Erweiterung bis zur Emil-Maier-Straße, gegebenenfalls bis zum Czernyring prüfen. Zusätzlich soll die dezentrale Unterbringung von Bussen und Bahnen ebenfalls geprüft werden.**

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** beschlossen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## Begründung:

### 1. Vorgeschichte

Der Gemeinderat hat am 20.12.2018 die Verlagerung des RNV-Betriebshofes von der Bergheimer Straße auf eine Teilfläche des Großen Ochsenkopfes beschlossen (vergleiche Drucksache 0407/2018/BV). Der vollständige Beschluss lautet wie folgt:

- *Auf dem Gelände des heutigen Betriebshofs an der Bergheimer Straße wird unter Beteiligung der Bürgerschaft eine städtebauliche Entwicklung angestoßen, mit der künftig rund 50 Prozent für Grün- und Freiflächen zur Verfügung stehen sollen. Auf den verbleibenden 50 Prozent der Fläche am Altstandort sollen zu 100 Prozent bezahlbare Mietwohnungen entstehen, welche vollständig im Bestand der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH) verbleiben, und nach dem wohnungspolitischen Konzept des Hospitals (Subjektförderung) vermietet werden. Die GGH erhält einen entsprechenden Zuschuss (100 Prozent = 320.000 Euro) der Stadt Heidelberg.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, verkehrliche und bauliche Maßnahmen zur Reduktion der Verkehrsbelastung am westlichen Stadteingang zu planen.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, für die bestehenden und neu entstehenden Freiflächen in Bergheim West Konzepte zu erarbeiten, die die bestehenden Freiflächendefizite im Stadtviertel kompensieren helfen und eine hohe ökologische Vielfalt bieten und die Aufenthaltsqualität verbessern.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, Vorbereitende Untersuchungen für ein Sanierungsgebiet zu veranlassen, um dadurch in die Lage versetzt zu werden, für die Erarbeitung und Umsetzung der Konzepte und Maßnahmen gegebenenfalls Städtebaufördermittel zu beantragen.*
- *Der Gemeinderat stimmt der Verlagerung des Betriebsgeländes der Rhein-Neckar-Verkehr-GmbH (rnv) von der Bergheimer Straße auf eine Teilfläche des Großen Ochsenkopfs zu. Dort wird ein neuer Betriebshof mit Straßenbahn- und Busabstellanlage und einem begrünten und teilweise begehbaren Dach (Anlage 01) mit einer Investitionssumme von rund 87.200.000,00 € vor Abzug der Fördermittel errichtet (vergleiche Drucksache 0311/2018/BV). Die Rahmenplanung von 2006 wird überarbeitet*
- *Der Vertreter der Stadt Heidelberg in der Gesellschafterversammlung der rnv möchte sämtlichen, für die Projektumsetzung notwendigen Beschlüssen, in der Gesellschafterversammlung der rnv zustimmen. Auf die Erteilung einer abweichenden Weisung wird verzichtet.*
- *Zusage Standort- und Arbeitsplatzsicherung Dezernat 16 zur Verankerung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Bergheim.*

Das Bündnis für Bürgerentscheid Klimaschutz Heidelberg hat zu der Fragestellung

*„Sind Sie dafür, dass auf den gegenwärtig als Grünflächen genutzten Bereichen des Großen Ochsenkopfes kein RNV-Betriebshof gebaut wird?“*

am 19.03.2019 einen Antrag auf Durchführung eines Bürgerbegehrens gegen die Gemeinderatsentscheidung abgegeben. Das Bürgerbegehren wurde vom Gemeinderat am 09.05.2019 für zulässig erklärt, gleichzeitig wurde beschlossen, am 21.07.2019 einen Bürgerentscheid zu der gestellten Frage durchzuführen.

## **2. Ergebnis des Bürgerentscheides**

Der Bürgerentscheid vom 21.07.2019 hat folgendes Ergebnis gebracht (vgl. den Kurzbericht zum amtlichen Endergebnis vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik vom 24.07.2019, Anlage 01):

Von den insgesamt 110 282 Stimmberechtigten hat die Abstimmungsmehrheit der 33 338 abgegebenen gültigen Stimmen die zur Abstimmung gestellte Frage mit JA beantwortet (19 020 JA-Stimmen gegenüber 14 318 NEIN-Stimmen).

Das nach § 21 Absatz 7 Satz 1 GemO erforderliche Unterstützungsquorum von 20 Prozent der Stimmberechtigten (22 057 Stimmen) wurde aber nicht erfüllt. Somit ist ein wirksamer und bindender Bürgerentscheid, der die Wirkung eines Gemeinderatsbeschlusses hätte, nicht zustande gekommen.

Nach den gemeinderechtlichen Vorschriften hat nun der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden (§ 21 Absatz 7 Satz 3 GemO).

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1		<b>Ziel/e:</b> Solide Haushaltswirtschaft <b>Begründung:</b> Mit dem Neubau soll eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung gewährleistet werden. Dies wird durch die Generierung von Fördermitteln unterstützt.
MO 1		<b>Ziel/e:</b> Umwelt-, Stadt-, und sozialverträglichen Verkehr fördern <b>Begründung:</b> Mit dem beabsichtigten Neubau soll eine effizientere Abwicklung des ÖPNV erreicht werden.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet  
Prof. Dr. Eckart Würzner



**Anlagen zur Drucksache:**

<b>Nummer:</b>	<b>Bezeichnung</b>
01	Amtliches Endergebnis zum Bürgerentscheid (Kurzbericht)
02	Sachantrag der Arbeitsgemeinschaft GAL/FWV vom 24.09.2019 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019)</b>
03	Sachantrag von Herrn Stadtrat Leuzinger (Die Partei) vom 25.09.2019 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019)</b>
04	Gemeinsamer Sachantrag der Grüne-Fraktion, DIE LINKE, Bunte Linke, HiB vom 25.09.2019 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2019)</b>